

Marc Bartuschka/Christian Faludi

„Das Zünglein an der Waage“? Arnold Paulssen und die Deutsche Demokratische Partei in Thüringen 1918 bis 1933

Wir Demokraten

Wir Demokraten haben ein Ziel:

Wir wollen Freiheit und Recht.

Wir treiben mit euch kein vages Spiel,

Wir sind ein altes Geschlecht.

Die Freiheit ist unser höchstes Gut,

Und sie ist auch kein leerer Wahn;

Sie stärkt unsere Kraft und hebt unsren Mut,

Denn wir sind ja die Jungen von Jahn.

Wir treten ein für das gute Recht,

Wie es unsere Väter getan.

Wir verachten das Schlechte, weil es schlecht,

Und achten den aufrechten Mann.

Wir bleiben uns treu in Versuchung und Not,

Wir stehen für Freiheit und Recht.

Wir stehen im Kampfe bis in den Tod,

Wir werden niemals zum Knecht.¹

So lautete ein im Februar 1924 an das linksliberale Jenaer Volksblatt eingesandtes Gedicht, welches das Selbstbild der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) widerspiegeln sollte. Die dramatischen Worte lassen erahnen, dass der thüringische Landtagswahlkampf 1923/24 durch eine der tiefsten Krisen der jungen deutschen Republik geprägt war. Seit Anfang 1923 folgte eine Herausforderung auf die nächste: Ruhrbesetzung, Hyperinflation, Hitler-Ludendorff-Putsch, die blutige Reichsexekution gegen Sachsen, der Hamburger Aufstand der lokalen Kräfte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) – die Liste war lang. Auch an den Grenzen Thüringens war es im Umfeld des Münchener Putschversuches zu teils tödlichen Schießereien gekommen.² Der kurzzeitige Versuch, in dem jungen Land eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten aufzu-

1 Wir Demokraten. In: Jenaer Volksblatt (JV), 9.2.1924.

2 Von der thüringisch-bayerischen Grenze. Das erste Opfer. In: JV, 14.11.1923.

bauen, war von der Reichsregierung mit der Entsendung von Truppen beantwortet worden. Die Gesellschaft war tief gespalten. Politische Überzeugungen prallten unversöhnlich aufeinander. Die Zukunft des nicht einmal vier Jahre alten Landes hing in der Schweben. Doch welche Rolle spielte die DDP im Freistaat Thüringen bei dessen Entstehung und der Entwicklung in den Weimarer Jahren? Und wie viel Wahrheit lag in all dem Pathos des eingangs zitierten Gedichtes?

Die Geschichte der DDP in der Weimarer Republik ist bereits mehrfach untersucht worden, wenngleich viele der Darstellungen älteren Datums sind.³ Während die generelle Geschichte der Partei somit nachgezeichnet wurde, stellt sich die Frage, ob die reichsweiten Befunde in jedem Gliedstaat der Weimarer Republik bzw. in den zum Teil in Bezug auf das Wahlverhalten stark voneinander abweichenden preußischen Provinzen gleichermaßen zutreffen. Die Zahl der ausführlichen Lokalstudien hält sich indes ebenfalls in Grenzen.⁴ Die umfangreichste Studie zu den bürgerlichen Parteien Thüringens ist ein Vierteljahrhundert alt und kann die Geschichte der DDP aufgrund des gewählten breiten Fokus nicht im Detail nachzeichnen.⁵

Auch der vorliegende Beitrag kann dieses Desiderat schon aus Platzgründen nicht füllen, soll aber den Einfluss der DDP im jüngsten Land der Republik nachzeichnen. Er betrachtet dabei sowohl die Ergebnisse thüringischer Wahlen der Zwischenkriegszeit, stellt mit Arnold Paulssen einen führenden Politiker des mitteldeutschen Liberalismus vor und fragt zugleich nach Selbstbild und Selbstdarstellung der DDP. Wesentliche Quel-

3 Christian Dorbandt: Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und der Organisierte Pazifismus in der Weimarer Republik. Kiel 1999; Ludwig Luckemeyer: Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung. 1918–1919. 2 Bde. Gießen 1975; Werner Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930. München 1978; Hartmut Schustereit: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930. Düsseldorf 1975; Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Die Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973.

4 Vgl. etwa Ursula Büttner: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906–1930. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 63 (1977), S. 1–34; Armin Frohmann: Die Deutsche Demokratische Partei in Göttingen, 1918–1930. Ein Versuch zur Bestimmung eines sozial-moralischen Milieus auf lokaler Ebene. Göttingen 1987; Gerhard Menk: Politischer Liberalismus in Hessen zwischen Weimarer Republik und Nachkriegszeit. Rudolf Büttner, Margarete Grippentrog und die Deutsche Demokratische Partei Fuldas. Fulda 2010; Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen. 1918–1933. Düsseldorf 1994.

5 Jochen Grass: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der Weimarer Zeit 1920–1932. Ein Beitrag zur Landesgeschichte. Hamburg 1997.

le dafür war die zeitgenössische linksliberale Presse in Gestalt des Jenaer Volksblatts.⁶

1. Der Zauber des Anfangs

Die Position der liberalen Kräfte in Thüringen war schon vor dem Sturz der Monarchien von einer gewissen Wählerwanderung zur Konkurrenz auf der Rechten und Linken gekennzeichnet gewesen. In den Industriestandorten erstarkte die Sozialdemokratie, im ländlichen Raum gingen Stimmen an die Konservativen in dem Maße verloren, in dem die Nationalliberalen von konservativen Standpunkten abrückten. Die liberalen Parteien traten 1909 in Sachsen-Weimar-Eisenach gemeinsam an.⁷ Beziiglich der Zukunft der neun thüringischen Kleinstaaten traten die Liberalen für eine Annäherung ein, dachten diese aber eher als Staatenbund, denn als ein geeintes Land, das gegen den Widerstand der herrschenden Monarchen nicht auf friedlichem Wege realisiert werden könne. Die Unfähigkeit der gekrönten Häupter zu tiefgreifenden Reformen verursachte wachsende Frustration, so dass viele Liberale den Sturz der Monarchien 1918 begrüßten.⁸ Auf den ersten Blick gestaltete sich der Aufbruch in das nachrevolutionäre Thüringen für sämtliche Demokraten vielversprechend, auch wenn das Parteiensystem im thüringischen Raum eine Besonderheit aufwies. Die zweite Partei der politischen Mitte in den Jahren der Weimarer Republik, das katholische Zentrum, sollte in dem überwiegend protestantischen Land nie über den Status einer Kleinpartei hinauskommen.⁹ Anlässlich der Gründung des Landesverbands Thüringen der DDP mit Sitz in Jena am 8. Dezember 1918 zeichnete sich ab, dass der mehrheitlich aus der Fortschrittlichen Volkspartei hervorgehenden Partei auch eine erhebliche Zahl von thüringischen

6 Die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek ermöglicht den Zugriff auf die Jahrgänge der Zeitung zwischen 1890 und 1941, vgl. Jenaer Volksblatt. <Jenaer Volksblatt – JPortal (uni-jena.de)> (9.6.2023).

7 Die Landtagswahlen. Präßstimmen. In: JV (Zweites Blatt), 11.12.1909.

8 Beate Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918–1923. Weimar/Köln/Wien 1995, S. 23 f., 30 f., 49. Zum Sturz der Monarchien vgl. die regionalen Fallstudien in Christian Faludi/Marc Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“. Die Gründung des Landes Thüringen 1920. Weimar/Wiesbaden 2020, S. 29–155.

9 Vgl. zum Katholizismus in Thüringen Arndt Macheledt: Region und Religion. Katholiken im „Lutherland“ Thüringen. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 203–213.

Mitgliedern der Nationalliberalen Partei beitreten würde.¹⁰ Damit gelang eine Sammlung großer Teile des liberalen Spektrums.

Jede Betrachtung der thüringischen DDP muss zunächst feststellen, dass die liberalen Kräfte niemals stärker waren als zu dem Zeitpunkt, als es noch kein vereinigtes Land Thüringen gab. Bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurde die Partei in der Region mit 23 Prozent sogar zweitstärkste Kraft – wenngleich mit deutlichem Abstand zur Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD). Auch in den ersten und einzigen demokratischen Landtagswahlen der thüringischen Kleinstaaten vor deren Aufgehen im neuen Land schnitt die DDP beeindruckend ab. In den Freistaaten Reuß älterer Linie, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen landete sie an zweiter Stelle. In Reuß jüngerer Linie misslang dies nur, weil die Rechtsparteien Deutsche Volkspartei (DVP) und Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ein Wahlbündnis geschlossen hatten. In Sachsen-Meiningen erreichte die DDP den dritten Platz knapp hinter der politischen Vereinigung des Meininger Bauernvereins. In Sachsen-Coburg war sie ihrerseits Teil der bürgerlichen Einheitsliste.¹¹ Nach den Wahlen galt die Partei den allerorten dominierenden sozialdemokratischen Kräften als Garant für Stabilität und verlässlicher Koalitionspartner. In mehreren Ländern waren Linksliberale an Regierungen beteiligt. In Sachsen-Weimar-Eisenach, dem größten der thüringischen Staaten, stellte die DDP mit Arnold Paulssen einen von zwei leitenden Staatsministern und zwei von fünf Staatsräten.¹² Auch in Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt sowie in den im April 1919 zum Volkstaat Reuß vereinten reußischen Ländern waren Politiker der DDP in den Regierungen vertreten, oft in prominenten Positionen.

Neben dem Kompromisswillen der Sozialdemokraten in der Umbruchssituation – die DDP regierte häufig in Ländern mit, in denen rein rechnerisch eine ausschließlich sozialdemokratische Regierung möglich gewesen wäre – verdankte die Partei diese starke Präsenz wohl nicht zuletzt dem

10 Deutsche demokratische Partei, Verband Thüringen. In: JV, 10.12.1918. Das Jenaer Volksblatt, das bislang den Titelzusatz „Organ der Fortschrittlichen Volkspartei des 3. Weimarschen Reichstagswahlkreises“ geführt hatte, nannte sich ab 1. Januar 1919 dann auch folgerichtig „Zeitung der Deutschen demokratischen Partei“.

11 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 53, 64–73.

12 Rüdiger Stutz: Sachsen-Weimar-Eisenach. Der „Motor“ des Zusammenschlusses der Thüringer Kleinstaaten, 1919/20. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 29–43, 46.

Umstand, dass sie über zahlreiche namhafte Personen mit langjähriger Praxiserfahrung im Verwaltungsdienst und auf der politischen Bühne verfügte, mit denen der Systembruch effektiv gestaltet werden konnte. Männer wie Harald Bielfeld, William Oberländer und Arnold Paulssen hatten ihre Karrieren bereits in den Monarchien begonnen, doch Renommee und Fachwissen garantierte ihnen auch nach dem Sturz der Herrscherhäuser Achtung selbst bei politischen Konkurrenten.¹³ Ihr Einsatz in der Umbruchssituation war unerlässlich und trug erheblich dazu bei, dass der Systemwechsel und die frühe Nachkriegszeit zumeist reibungsarm vonstattengingen. Und nicht ohne Grund war der DDP-Politiker Eduard Rosenthal zunächst hauptverantwortlich für das Entstehen erst der Verfassung von Sachsen-Weimar-Eisenach und, darauf aufbauend, bald auch für ganz Thüringen. Der Rechtswissenschaftler der Universität Jena war in Mitteldeutschland schlicht die beste Wahl zur Lösung des Problems. Ähnlich gestaltete sich die Situation auf Reichsebene, auf der die DDP eine vergleichbare Position einnahm und in sozialdemokratischen Reihen ebenfalls kein geeigneter Kandidat zur Verfügung stand. So erarbeitete letztlich der linksliberale Hugo Preuß die Verfassung für das nachrevolutionäre Deutschland federführend.¹⁴

Soweit es die Zukunft der thüringischen Länder betraf, befürwortete die DDP grundsätzlich die Bildung eines „Großthüringen“ aus den Kleinstaaten und preußisch-thüringischen Gebieten innerhalb einer bundesstaatlichen Republik.¹⁵ Dies war jedoch keine uneingeschränkte Zustimmung zur Landesgründung, vielmehr präsentierten sich frühzeitig regionale Unterschiede. In Weimar stand die Partei hinter dem Kurs prominenter Vertreter wie Arnold Paulssen und Eduard Rosenthal, die man mit Recht zu den Gründervätern Thüringens rechnet. Paulssen, bald auch Vorsitzender des Staatsrates als Vorläufer der thüringischen Gesamtregierung, sah in Thüringen ein wichtiges Scharnier zwischen dem preußisch geprägten Norddeutschland und dem Süden, namentlich Bayern.¹⁶ Hingegen liebäugelten

13 Christian Faludi: Lebensskizzen herausragender Persönlichkeiten der Gründungsphase des Landes Thüringen 1918–1920. In: Ders./Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 362–364, 372–374.

14 Vgl. dazu Gerhard Lingelbach: Die Verfassung des Freistaats Thüringen von 1920/21. Eduard Rosenths Leistung. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 325–338. Zu Preuß vgl. Michael Dreyer: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten. Stuttgart 2018.

15 Zum Begriff und seiner Wirkung vgl. Frank Boblenz: Großthüringen. Eine Annäherung zum Begriffsverständnis vor und nach der Landesgründung von 1920. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 173–201.

16 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 55, 71; Faludi: Lebensskizzen (wie Anm. 13), S. 374; Stutz: Sachsen-Weimar-Eisenach (wie Anm. 12), S. 37–40.

Anhänger der DDP im preußischen Thüringen nur kurzzeitig mit dem Beitritt zu einem künftigen Großthüringen. Schnell setzte sich eine proborussische Haltung durch.¹⁷ In Meiningen stimmten die Abgeordneten der DDP erst für den Vereinigungskurs, nachdem man Sonderkonditionen für sich ausgehandelt hatte.¹⁸ In Coburg gehörte die DDP zu den Gruppen, die mehrheitlich und letztlich erfolgreich für die Abnabelung von Thüringen und einen Anschluss an Bayern plädierten. Allerdings wussten auch die prothüringischen Sozialdemokraten nicht alle ihre Wähler in dieser Frage hinter sich.¹⁹ In dem Maße wie sich herauskristallisierte, dass Sachsen-Coburg einen anderen Weg gehen und die preußisch-thüringischen Gebiete dem künftigen Land ebenfalls nicht angehören würden, wuchsen die Widerstände auch in anderen Gruppen der DDP. In einigen thüringischen Staaten sprachen Teile der Partei dem Projekt Thüringen in der sich abzeichnenden Form die Lebensfähigkeit ab, und sie favorisierten gemeinsam mit Vertretern der Rechtsparteien den Anschluss an Preußen respektive Sachsen.²⁰ Diese Position konnte sich jedoch nicht durchsetzen.

Während der größten Herausforderung der ersten Jahre, dem Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, stand die DDP Thüringens loyal zu den rechtmäßigen Landes- und Reichsregierungen. Prominente Vertreter wurden deshalb mitunter zum Ziel von Putschisten. William Oberländer musste am 14. März mit seinen Kollegen der reußischen Regierung aus Gera nach Greiz fliehen. Die Regierung verweigerte sich einer Kapitulation oder eines Arrangements mit den Antidemokraten, und die Geraer Arbeiter besiegten schlussendlich die Feinde. Oberländers Versuch, nach Ende des Putsches zwischen schießwütigen sächsischen Reichswehrverbänden und Arbeiterwehren zu vermitteln, führte zu einer kurzen Geiselhaft in der

- 17 Steffen Raßloff: Preußen und Thüringen. Der Regierungsbezirk Erfurt in der Landesbildungsphase 1918/20. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 157–168, hier S. 162 f.
- 18 Norbert Moczarski: Sachsen-Meiningen. Zwischen Zögern und Zustimmung auf dem Weg nach Thüringen 1919/20. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 45–61, hier S. 59–61.
- 19 Ronny Noak: Sachsen-Coburg. Die doppelte Einmaligkeit im Prozess der Thüringer Landesgründung. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 83–93, hier S. 87.
- 20 Joachim Emig: Landesversammlung des Freistaats Sachsen-Altenburg und Gebietsvertretung Altenburg 1919–1923. In: Thüringer Landtag (Hrsg.): Die vergessenen Parlamente. Landtage und Gebietsvertretungen in den Thüringer Staaten und Gebieten 1919 bis 1923. Rudolstadt/Jena 2002, S. 161–182, hier S. 173 f.; Manuel Schwarz: Schwarzburg-Sondershausen. Auf parlamentarischem Weg vom Fürstentum zum Gebiet im Land Thüringen. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 127–135, hier S. 134; Reyk Seela: Volksstaat Reuß. Die reußische Vereinigung als Vorbild für die thüringische Landesgründung. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 137–155, hier S. 151 f.

Hand der Soldaten.²¹ Arnold Paulssen stellten die Putschisten in Weimar zeitweilig unter Hausarrest, seine Wohnung wurde zum halbkonspirativen Treffpunkt bei der Organisation des politischen Widerstands.²²

Letztlich blieb der Putsch eine Episode, wenngleich er langfristige Nachwirkungen zeitigte. Mit den rechtmäßigen – wieder amtierenden – Regierungen in Berlin wie in den thüringischen Kleinstaaten konnte am 1. Mai 1920 das Land Thüringen gegründet werden, allerdings ohne Sachsen-Coburg und die preußisch-thüringischen Gebiete. Damit stand alsbald die erste Wahl eines demokratisch legitimierten Landtags ins Haus – eine neuerliche Bewährungsprobe und Wegscheide für die politische Zukunft Thüringens.

Die Wahlkämpfe für die Reichstagswahl vom 6. Juni und für den Thüringer Landtag am 20. Juni 1920 überschnitten sich – und wurden mit aller Härte auch gegen die DDP geführt. Die thüringische DVP polemisierte: „Wer hat das deutsche Bürgertum verraten? Die Demokraten!“²³ Zusammen mit der DNVP denunzierten sie die DDP als Partei der Juden – was diese konterte, indem sie sich eine „Partei der Gleichberechtigung“ nannte.²⁴ Die sich bereits in der Reichstagswahl abzeichnenden Verluste der regierenden Parteien sorgten auch in Thüringen für Besorgnis. Prominente Vertreterinnen und Vertreter der DDP wie Arnold Paulssen und Marie Schulz – welche zu Recht darauf hinwies, dass die Partei in puncto Repräsentation von Frauen vielen anderen parlamentarischen Fraktionen überlegen war – mühten sich um die Mobilisierung von Anhängern und Wählern. Zugleich suchten sie weiterhin vorhandene Bedenken über die auch dank der DDP erreichte Landesgründung zu zerstreuen und stellten die Vorteile des Erreichten heraus. So stehe Thüringen nunmehr bezüglich der Bevölkerungszahl an sechster Stelle unter den Bundesländern, nicht länger mehr ein „Aschenbrödel“, das seine Potenziale im „Kleinstaatenjammer“ verschleißt.²⁵ Sich selbst präsentierten die Linksliberalen als Partei

21 Vgl. ausführlich Paul Kif: Die Revolutions- und Putschage im ehemaligen Fürstentum Reuß ältere Linie 1918–1920. Greiz 1928, S. 65–96.

22 Christian Faludi: Wehrhafte Demokratie. Weimar und der Kapp-Lüttwitz-Putsch im Vorfeld der Thüringer Landesgründung. In: Ders./Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 283–309, hier S. 302–306.

23 Wahlparolen aus: Thüringer Politische Nachrichten. Pressedienst der Deutschen Volkspartei Thüringens. In: Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (LATh – HStA Weimar), Nachlass Richard Leutheußer Nr. 1, Bl. 2r.

24 Die Partei der Gleichberechtigung. In: JV (Zweites Blatt), 11.6.1920.

25 Was erwarten wir von Thüringen? In: JV, 10.6.1920; Die Wahlen zum Thüringer Landtag. In: JV, 15.6.1920. Zum zweitgenannten Begriff: Arthur Hofmann: Thüringer Kleinstaatenjammer. Ein Weckruf an alle Thüringer ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit. Saalfeld 1906.

des Ausgleichs, des Sach- und Fachverständes. Was seit der Revolution nur irgend erreichbar gewesen sei, habe die DDP geleistet. Und deshalb gelte der Appell: Statt Versprechungen und Parolen der Parteien an den Rändern des politischen Spektrums könnten nur gewissenhafte Arbeit und Geduld der Partei der Mitte helfen.²⁶

Die Ergebnisse der Wahlen vom 6. und 20. Juni 1920 demonstrierten allen Bemühungen zum Trotz eine deutliche Polarisierung der Stimmenverteilung im Reich wie in Thüringen. Bei der ersten Abstimmung zum Thüringer Landtag kamen die Rechtsparteien – Thüringer Landbund (ThLB), DVP und DNVP – zusammen auf mehr als 43 Prozent, und auch der Stimmenanteil der linkssozialistischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) übertraf mit 27,9 Prozent jenen der Schwesterpartei MSPD deutlich. Diese hatte mit gerade einmal 20,3 Prozent deutlich an Einfluss verloren. Wahrhaft dramatisch aber waren die Verluste der DDP, die mit 7,3 Prozent ein „Schokergebnis“ erzielte und nur mehr die fünftstärkste Kraft des Parteienspektrums darstellte.²⁷ Auslöser für diese Schwächung der Mitte waren zum einen die Nachwirkungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches, der zu einer zunehmenden Spaltung der bürgerlichen und proletarischen Milieus geführt hatte. Dazu kam die reichsweite Unzufriedenheit mit den Berliner Regierungsparteien der Weimarer Koalition aus MSPD, der in Thüringen kaum präsenten Zentrumspartei und der DDP, denen weitgehend zu Unrecht die miserable wirtschaftliche und politische Lage angelastet wurde, die sich jedoch als Resultat von verlorenem Krieg, harten Friedensbedingungen und innerdeutschen Konflikten darstellte. Hinzu kam das Erstarken der rechtsliberalen DVP, in der vor allem das konservative Bürgertum zunehmend eine neue Heimat jenseits der DDP fand. Erst nach langen, mühseligen Verhandlungen gelang dem Parlament in der Landeshauptstadt Weimar die Bildung eines Minderheitskabinetts aus MSPD und DDP, das auf die Tolerierung der USPD angewiesen war. Mit Arnold Paulssen übernahm ein Linksliberaler das Amt des ersten Regierungschefs des Landes Thüringen.²⁸

26 Wahlauftruf der Deutschen demokratischen Partei. In: JV, 18.6.1920.

27 Die Landtagswahlen in Thüringen. In: Weimarer Landes-Zeitung (WLZ), 23.6.1920.

28 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 107–112. Zur Person von Paulssen vgl. weiter unten in diesem Beitrag, ebenso Christian Faludi (Hrsg.): Arnold Paulssen. Förderer der Thüringer Landesgründung und erster Ministerpräsident des Freistaats 1920. Weimar 2022; Volker Wahl/Dieter Marek/Gereon Lamers/Michael Borchard: Thüringer Regierungschefs 1920 bis 2003. Thüringer Regierungsgeschichte – ein historischer Rückblick. 2., erw. Aufl. Erfurt 2007, S. 19–23.

2. Die Mühen des Alltags

Von Anfang an krankte die erste thüringische Regierung an divergierenden Zielen der Koalitionspartner. Die MSPD stellte soziale Belange voran, während die DDP vor allem auf die Stabilisierung und den Ausbau der Demokratie zielte. Auch wegen der Schwäche des Minderheitenkabinetts konnten einschneidende Reformen zwar vorbereitet, aber nicht umgesetzt werden. Die Regierung Paulssen beschränkte sich zumeist auf die Ausführung von Reichsgesetzen und den Erlass von Verwaltungsverordnungen.²⁹ Allerdings war die Herausforderung auch enorm, aus den Einzelstaaten ein einheitliches Gemeinwesen aufzubauen.³⁰ Frühzeitig zeigten sich Konfliktlinien in der Koalition. Die DDP erwog zeitweilig sogar den offenen Bruch und mühte sich, die Rechtsparteien in die Regierung einzubeziehen. Wenig überraschend scheiterte dies am erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten. Die Ablehnung des Grundsteuergesetzes durch die Vertreter der Rechtsparteien und die Kommunisten führte schließlich zum Rücktritt der Regierung und zur Auflösung des Landtags im Juli 1921.³¹ Die DDP bemühte sich, einmal mehr mit dem Argument zu mobilisieren, eine reine Links- oder Rechtsregierung sei in Thüringen unmöglich. Es brauche die demokratische Mitte als notwendiges Korrektiv und Garant für Stabilität. Doch konnte die Vernunft rhetorik der DDP schwerlich die Massen in der Form mitreißen, wie es die Polemik am linken und rechten Rand des politischen Spektrums vermochte. Die begrenzten Erfolge der kurzlebigen Regierung Paulssen dürften gleichfalls dazu beigetragen haben, dass die Partei bei der Wahl am 11. September erneut herbe Verluste hinnehmen musste und gerade einmal drei von 54 Parlamentssitzen in Anspruch nehmen konnte – als kleinste der im Landtag vertretenen Fraktionen.³²

Die DDP trat noch Wochen nach der Wahl vom September 1921 für ein Bündnis aus MSPD, DDP, ThLB, USPD und vielleicht sogar unter

29 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 113–116.

30 Vgl. zu diesem Prozess, der erst 1923 seinen Abschluss fand: Karl-Eckhard Hahn: Ein langer Abschied. Das neue Thüringen und das Erlöschen seiner Gründerstaaten 1918 bis 1923. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 341–357.

31 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 116f. Die Kommunisten waren als Angehörige der USPD in den Landtag gewählt worden, welche die Regierung Paulssen tolerierte. Die Restfraktion der USPD sprach sich mit großem Bedenken für die Gewerbesteuer aus. Ausführlicher zum Scheitern der Regierung auch: Thüringer Landtag. (78. Sitzung). In: JV, 28.7.1921; Rücktritt der Thüringer Regierung. In: ebd.; Thüringer Landtagswahl. In: JV, 10.9.1921.

32 Grit Graupner: Parlament. In: Bernhard Post/Volker Wahl (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995. Weimar 1999, S. 236–266, hier S. 241 f.

Einbeziehung der DVP ein.³³ So vielversprechend diese Perspektive für das Land auch erscheinen mochte, sie war mit den Realitäten unvereinbar. Die schließlich unter August Frölich gebildete Regierung aus MSPD und USPD, die sich auf eine unverbindliche Tolerierungszusage der Kommunisten stützen musste, wurde nicht nur von den Rechtsparteien scharf angefeindet. Auch die DDP lehnte das Bündnis ab.³⁴ Schon wenige Wochen später stand die Partei in scharfem Konflikt mit der Regierung, die in einem symbolisch hochgradig aufgeladenen Akt kurzfristig den 9. November als Feiertag durchsetzte und dafür den Reformations- sowie den Buß- und Betttag aus dem Kalender staatlicher Feiertage strich. Die Linksliberalen sahen in der Vorgehensweise der Regierung gar einen Verfassungsbruch.³⁵ Die tatsächliche Positionierung in den folgenden anderthalb Jahren schwankte jedoch: So opponierte die DDP mit den Rechtsparteien gegen die Verpflichtung der Landesbeamten zum aktiven Staatsschutz zugunsten der Republik – eine sozialdemokratische Forderung, die nach den Erfahrungen des März 1920 nur zu verständlich schien. Auch an der dringend benötigten Verwaltungsreform und besonders an den Bildungsreformversuchen des linken Volksbildungministers Max Greil entzündete sich nicht seitens der Rechtsparteien erbitterter Widerstand. Andererseits erkannte gerade die DDP durchaus zukunftsweisende Elemente des Reformwerks an. So mancher bürgerliche Abgeordneter stimmte für ausgesuchte Neuerungen oder enthielt sich zumindest der Stimme. Innovationen wie die universitäre Anbindung der Lehrerbildung entsprachen durchaus den Vorstellungen der DDP.³⁶

Die Krisensituation des Jahres 1923 sah eine weitere Annäherung des rot-roten Kabinetts unter dem Leitenden Staatsminister August Frölich an die Kommunisten. Zugleich bemühten sich die Regierenden, rechtsgerichtete republikfeindliche Beamte aus dem Amt zu entfernen. In dieser Situation arbeitete die DDP zunehmend mit den Rechtsparteien zusammen, obwohl sie zeitgleich auf eine Neuauflage der sozialliberalen Koalition hoffte. Eine Denkschrift der DDP und der Rechtsparteien vom 16. Mai 1923 an den Reichskanzler und das Reichsinnenministerium bezichtigte die thüringische Regierung des systematischen Verfassungsbruchs. Die Vorwürfe reichten von Eingriffen im Bildungswesen, einer angeblichen Kirchenfeindlichkeit bis hin zur Herabdrückung von Beamten zu gefügigen Werkzeugen

33 Um Thüringens Regierung. In: JV, 5.10.1921.

34 Die Regierungsbildung in Thüringen. In: JV, 8.10.1921.

35 Die Notgesetze vor dem Landtag. In: JV (Zweites Blatt), 12.11.1921.

36 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 129–155; Hahn: Abschied (wie Anm. 30), S. 350–353.

der sozialistischen Parteien. Auch die kürzlich durchgesetzte Kommunalreform wurde scharf kritisiert. Das Reichsinnenministerium sah sich zwar im Sommer 1923 genötigt, eine Vielzahl der Beschwerden als übertrieben oder unbegründet zu verwerfen. Jedoch trug die Regierungseinbindung der KPD im Oktober noch zur Verschärfung des Konflikts bei. Auch wenn Thüringen anders als das Nachbarland Sachsen einer förmlichen Reichsexekution entging, ließ Berlin in Weimar und anderen Städten des Freistaates die Reichswehr einmarschieren. Die linke Koalitionsregierung war heillos zerstritten und zerbrach.³⁷ Seitens der DDP hoffte man nun auf einen politischen Neuanfang – unter eigener Regierungsbeteiligung. Diese würde vor allem durch harte Sparzwänge und eine Professionalisierung in der Verwaltung geprägt sein. „Prüfen Sie alles und behaltet [sic!] das Beste“ lautete die Parole der Stunde. Einmal mehr sahen die liberalen Kräfte ihr einziges Heil in einer breiten Koalitionsregierung unter Einbeziehung des Thüringer Landbundes und der Sozialdemokratie.³⁸ Nicht zuletzt auch aufgrund finanzieller Probleme musste die DDP am Ende eines erfolglosen Wahlkampfes bei geschwundener Basis konstatieren: „Jedermanns Hand ist heute in Thüringen gegen jedermann“. Dennoch bescheinigte man sich selbst, die einzige Partei zu sein, die für die „alten demokratischen Ideale der Einigkeit, des Rechts und der Freiheit“ fest einstünde.³⁹ Zur Wahl am 10. Februar trat die DDP im Wahlbündnis „Thüringer Ordnungsbund“ an – gemeinsam mit DVP, DNPV und ThLB. Der Verbund erhielt 35 von 72 Sitzen und verfehlte die absolute Mehrheit nur knapp – 30 Sitze verblieben bei der SPD und KPD, sieben kamen zur Vereinigten Völkischen Liste, in der sich zahlreiche Vertreter der verbotenen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) wiederfanden.⁴⁰

Sowohl die Völkischen als auch die DDP lehnten eine Teilnahme an einer Koalitionsregierung mit der jeweils anderen Gruppe ab. Die Rechtsparteien bildeten daraufhin eine Minderheitsregierung, mit der sie hofften, fallweise von der DDP oder von der extremen Rechten unterstützt zu werden. Wie der neue Regierungschef Richard Leutheußer (DVP) im Rückblick beklagte, hielt die DDP jedoch in ihrem Abstimmungsverhalten nicht selten zur oppositionellen SPD. So regierte Leutheußer vielfach mit

37 Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 156–169, zur erwähnten Denkschrift siehe ebd., S. 163 f.; Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 26–28.

38 Politischer Neuaufbau in Thüringen. In: JV, 10.12.1923.

39 Das Ende der Klassenpolitik in Thüringen. In: JV, 8.2.1924.

40 Graupner: Parlament (wie Anm. 32), S. 242–244; Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 31; Thüringische Wahlbilanz. In: JV, 12.2.1924; Presse-schau über den Wahlausfall in Thüringen. In: ebd.

Hilfe der Nationalsozialisten, was unter anderem dazu führte, dass unter dem Motto „Heraus aus der Wirrnis, hin zur Ordnung“ eine Vielzahl der Reformen der Ära Frölich rückgängig gemacht wurde.⁴¹

Mit zehn vertretenen Parteien (davon DVP, DNVP und ThLB erneut in einer gemeinsamen Liste) war der am 30. Januar 1927 gewählte Landtag der wohl vielfältigste in Thüringens Geschichte. Zwar hatten die äußersten politischen Ränder – Kommunisten und Nationalsozialisten – deutliche Verluste hinnehmen müssen. Die DDP konnte gleichwohl von der relativen Stabilisierung in der Mitte der Zwanziger Jahre nicht profitieren. Mit 3,3 Prozent der gültigen Stimmen stellte sie nur zwei von 56 Abgeordneten.⁴² Dennoch geriet die Partei durch die Mehrheitsverhältnisse unversehens einmal mehr zum „Zünglein an der Waage“.⁴³ Erneut zog sich die Regierungsbildung hin, auch weil man seitens der DDP bis zuletzt für eine Große Koalition unter Einbeziehung der SPD eingetreten war. Nach dem Scheitern der Bemühungen blieb von den hochfliegenden Plänen nur ein Kabinett, das sich auf DDP, ThLB, DVP und die Reichspartei des deutschen Mittelstandes – Wirtschaftspartei stützen konnte. Die Mehrheitsverhältnisse blieben prekär.⁴⁴ Mit Arnold Paulsen war ein prominenter Linksliberaler in die Regierung zurückgekehrt, der im November 1928 sogar von Richard Leutheusser die Regierungsleitung übernahm. Das Kabinett der Jahre 1927 bis 1929 war jedoch von mehreren Umbildungen gekennzeichnet; seine Wirkungsmöglichkeiten blieben begrenzt. Als Ergebnis waren vor allem eine vermögensrechtliche Regelung mit der evangelischen Kirche, ein Gebietsaustausch mit Sachsen und die Übertragung der Landesabgabenverwaltung auf das Reich zu verzeichnen – alles in allem kaum linksliberale Kernanliegen.⁴⁵

41 Lebenserinnerung des Staatsministers Dr. h.c. Leutheusser. In: Stadtarchiv Weimar (StAW), 58 3/5 n.f.; Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 31–34. Zum Zitat: Jürgen John/Rüdiger Stutz: Die Jenaer Universität 1918–1945. In: Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hrsg.): Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995. Köln/Weimar/Wien 2009, S. 270–587, hier S. 357–364.

42 Graupner: Parlament (wie Anm. 32), S. 244 f.

43 Zum Zitat siehe Ronny Noak/Sebastian Elsbach: Ein gespaltenes „enges“ Vaterland. In: Faludi/Bartuschka (Hrsg.): „Engere Heimat“ (wie Anm. 8), S. 253–269, hier S. 261 f.

44 Das Vaterland über die Partei. In: JV, 4.5.1927.

45 Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 22 f., 34 f.

3. Marsch in die Bedeutungslosigkeit

Vor der Thüringer Landtagswahl am 8. Dezember 1929 versuchte die DDP noch einmal, ihre Kräfte zu mobilisieren. Sie bemühte sich, alle Schuld am jüngsten Scheitern der Bemühungen für eine große Koalition der SPD zuzuweisen und die Partizipation ihrer Abgeordneten an der zeitweilig von den Nationalsozialisten tolerierten Regierung Leutheußer zu rechtfertigen. Man habe in erster Linie versuchen müssen, Schlimmeres zu verhindern, mit zwei Abgeordneten sei mehr nicht möglich gewesen, hieß es von Seiten der Linksliberalen. In der Bestandsaufnahme klang an, dass die Erfolgsbilanz überschaubar ausfiel. Vor allem aber stand die Finanzkrise in Thüringen – eine enorme Staatsverschuldung – im Zentrum der Argumentation. Die Linksliberalen sahen die Lösung in einer Hinwendung zu Preußen und damit in einer provinziellen Angliederung Thüringens an den Nachbarn innerhalb eines deutschen Einheitsstaates. Diese Option hatte kurz zuvor auch die DVP erwogen. Im aufgeheizten Wahlkampf verzichtete man in der rechtsliberalen Partei jedoch auf ein solch heikles Thema, welches damit die Linksliberalen allein für sich reklamierten.⁴⁶ Damit stand keine zehn Jahre nach der Gründung die Existenz des Landes Thüringen erneut zur Debatte.

Der Wahlkampf geriet nachgerade zum Wechselbad der Gefühle – auch für den Zeitungsleser. Einerseits bescheinigte das linksliberale Jenaer Volksblatt, die Wahlparolen der DDP wären bei allen Schichten der Wählerschaft auf lebhafte Zustimmung gestoßen.⁴⁷ Dann wieder forderte die Partei fast schon verzweifelt „Alle Mann auf Deck!“ und kritisierte die angebliche Gleichgültigkeit der politischen Mitte. „Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht“, kein Demokrat solle sich erst zur Urne schleppen lassen müssen, hieß es in diesem Zusammenhang.⁴⁸ Das Ergebnis war zweifelsohne eine Enttäuschung, verlor die Partei doch noch einmal mehr als zehn Prozent ihrer Zustimmung im Vergleich zum Jahr 1927. Statt zwei stellte sie künftig nur noch einen Abgeordneten.⁴⁹ An der Ende Januar 1930 neu gebildeten Rechtsregierung – an der erstmalig die Nationalsozialisten direkt beteiligt waren – hatte die DDP schon allein infolge ihrer Bedeutungslosigkeit für die parlamentarische Mehrheitsfindung keinen Anteil mehr. Überdies lehn-

46 Wahlzeitung der Deutschen demokratischen Partei. In: JV, 2.12.1929; +Kreuz und quer-. In: JV, 7.12.1929.

47 Der Wahlkampf in Thüringen auf dem Höhepunkt. In: JV, 5.12.1929.

48 Alle Mann auf Deck! In: JV, 7.12.1929.

49 Graupner: Parlament (wie Anm. 32), S. 244–247.

te sie die Mitarbeit aufgrund der prominenten Beteiligung des nationalsozialistischen Verfassungsgegners und verurteilten Hochverräters Wilhelm Frick ab. Zugleich ließ die Partei aber eine Tür offen, versprach sie doch eine konstruktive und nicht kategorische Opposition.⁵⁰

Der Versuch, dem Wähler- und Mitgliederschwund auf Reichsebene zu begegnen, führte zu einem zunehmenden Rechtskurs der DDP, der durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigt wurde. Im Juli 1930 schloss sich die ehemalige „Partei der Mitte und des Ausgleichs“ mit dem Jungdeutschen Orden, der Volksnationalen Reichsvereinigung und anderen Splittergruppen zur Deutschen Staatspartei (DStP) zusammen. Von der früheren politischen Programmatik blieb in dieser Konstellation nahezu nichts übrig. Da der linke Parteiflügel weder das Bündnis noch die Richtung mittragen konnte, spalteten sich die „Radikaldemokraten“ folgerichtig ab. Manche – so etwa die verdiente Reichstagsabgeordnete Gertrud Bäumer – erblickten Chancen in der „Sammlung zur Tat“, zumal die Partei auch eine dringend notwendige Verjüngung erfuhr. Nicht verborgen blieben allerdings die Probleme dieses Versuchs, vollkommen verschiedene politische und wirtschaftliche Vorstellungen zu vereinen.⁵¹

Die Skepsis im republikanischen Lager artikulierte sich mitunter selbst zu festlicher Stunde. In Weimar war der Verfassungstag 1930 in innovativer Weise mit einem Verfassungsbekenntnis aus der Zivilgesellschaft verknüpft worden, das sicherlich auch bei sonst eher gleichgültigen Personen Aufmerksamkeit erheischte: Nicht weniger als 169 Kraftwagen und Motorräder des Deutschen Autoklubs trafen nach einer Sternfahrt aus ganz Deutschland in der Stadt der Reichsverfassung ein, am frühen Nachmittag folgte eine Rundfahrt. Dass die Veranstaltung im Nationaltheater Platz gefunden hatte, war umso bemerkenswerter, weil Volksbildungsminister Frick gewiss kein Freund der Verfassung war – möglicherweise war dies auch ein erfreulicher Nebeneffekt seines Sommerurlaubs, wie die liberale Presse spottete. In der Festrede des ehemaligen Regierungschefs Frölich klang freilich eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Deutschen Staatspartei an, auch wenn deren anwesende Mitglieder kräftig in den gemeinsamen Gesang der dritten Strophe des Deutschlandliedes einstimmten.⁵²

50 Demokraten und Regierungswahl in Thüringen. In: JV, 24.1.1930; Regierungswahl in Thüringen. In: ebd.

51 Sammlung zur Tat. In: JV, 2.8.1930.

52 Verfassungsfeier der deutschen Autosportler in Weimar. Zielfahrt des Deutschen Autoklubs nach der Verfassungsstadt. In: JV, 11.8.1930.

Letztlich waren alle Mühen vergebens: Weder auf Reichs- noch auf Landesebene stellte sich der erhoffte Erholungseffekt ein. In der Landtagswahl am 31. Juli 1932, der letzten demokratischen Abstimmung in Thüringen vor Zerstörung der Weimarer Republik, kam die DStP im Verein mit der Deutschen Zentrumspartei auf gerade noch 1,9 Prozent. Damit hatte sie in nicht einmal anderthalb Jahrzehnten mehr als neunzig Prozent ihrer Wählerschaft an andere Parteien oder das Lager der Nichtwähler verloren.⁵³ Die neue Thüringer Regierung bezeichnete die liberale Presse ebenso treffend wie ohnmächtig als nationalsozialistisch mit einem „Konzessionsschulzen“ in Gestalt eines Politikers des ThLB.⁵⁴ Einfluss auf das politische Geschehen konnte die DStP zu diesem Zeitpunkt schon lange nicht mehr nehmen. Die wohl dunkelste Stunde des deutschen Liberalismus sollte jedoch noch folgen. Trotz ernster Bedenken wegen des Fehlens von Sicherungen für die verfassungsmäßigen Grundrechte und Grundlagen bürgerlicher Rechtsordnung stimmten die Reichstagsabgeordneten der DStP letztlich dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 zu,⁵⁵ anstatt sich wie die noch nicht verhafteten Sozialdemokraten oder die bereits samt und sonders verfolgten (und damit ihres Stimmrechts beraubten) Kommunisten zu verweigern. Die Konsequenzen der NS-Machtübernahme zeichneten sich zu diesem Zeitpunkt bereits unübersehbar ab. Im Anzeigenteil derselben Ausgabe des Jenaer Volksblattes, welche die Zustimmung der DStP publizierte, fand sich auch ein Foto des neu gegründeten Konzentrationslagers (KZ) Dachau. An anderer Stelle wurde in einem kleinen Artikel die Einrichtung des KZ Heuberg in Baden erwähnt.⁵⁶ Drei Monate später folgte die erzwungene Selbstauflösung, womit das letzte Kapitel der Partei endete.⁵⁷

4. Arnold Paulsen: Liberaler, Demokrat, Staatsmann

Die Geschichte der Thüringer DDP ist von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende, von ihren Höhe- bis zu den Tiefpunkten eng mit der politischen

53 Graupner: Parlament (wie Anm. 32), S. 247 f.; Häupel: Gründung (wie Anm. 8), S. 53. In der Wahl zur Nationalversammlung erhielt die DDP am 19.1.1919 mehr als 178.000, DStP und Zentrum in der Landtagswahl vom 31.7.1932 17.442 Stimmen.

54 Die Wahl der neuen Thüringer Regierung. In: JV, 26.8.1932.

55 Staatspartei zum Ermächtigungsgesetz. In: JV, 24.3.1933.

56 Das erste bayerische Konzentrationslager. In: ebd.; Konzentrationslager Heuberg. In: ebd.

57 Die Auflösung der Deutschen Staatspartei. In: JV, 29.6.1933.

Biografie Arnold Paulssens verbunden – sowie auch umgekehrt.⁵⁸ Die Vita ist paradigmatisch und bietet einen aufschlussreichen Blick in das Wirken eines linksliberalen Staatsdieners, der im Kaiserreich sozialisiert, maßgeblich in der Weimarer Republik gewirkt hat und im „Dritten Reich“ in das gesellschaftliche Abseits gedrängt wurde.

Arnold (Rudolf Otto) Paulsen kam am 25. November 1864 als Sohn eines kaufmännischen Beamten im thüringisch-preußischen Sömmerda zur Welt. Ab 1883 studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten in Freiburg im Breisgau, Halle an der Saale, Berlin und Jena. 1891 wurde Paulsen an der Ernestinischen Gesamtuniversität Jena zum Doctor iuris promoviert. Nach dem Studium schlug er eine juristische Laufbahn ein. 1894 wurde Paulsen Landrichter in Weimar. Nur ein Jahr später berief das Großherzoglich Sächsische Staatsministerium den talentierten Beamten zum Finanzrat. Anschließend machte er rasch Karriere in Diensten des Großherzogs Carl Alexander. Ab 1899 fungierte Paulsen für nahezu zehn Jahre als stellvertretender Bevollmächtigter für Sachsen-Weimar-Eisenach im Bundesrat des Deutschen Reiches. Hier war er der verlängerte Arm des Staatsministers Karl Rothe, durch dessen Filter die Weisungen des Großherzogs nach Berlin gelangten. Umgekehrt gelangten über Paulsen Berichte aus der Metropole nach Thüringen, die Rothe wiederum an den Landesherrn weitergab.

Im Bundesrat, der im „Staate Bismarcks“ vor allem als „Schutzwall monarchischer Macht“ gegen parlamentarische Ansprüche des Reichstages fungierte, galt der Weimarer Beamte als ausgesprochen fleißig. Während die meisten der 27 Landesregierungen wenig Neigung zeigten, feste Vertretungen in das Gremium zu entsenden, war Paulsen eine immerfort präsente Größe.⁵⁹ Neben dem Großherzogtum vertrat er ständig – als jüngster unter den Abgesandten – sechs weitere thüringische Länder. Zeitweise nutzten auch andere mittel- und westdeutsche Staaten den „ernestinischen Juristen“ zur Stimmabgabe, darunter etwa das Großherzogtum Hessen. In der Spitzte hatte Paulsen im Bundesrat nicht weniger als 15 Stimmen abzugeben, ohne dass daraus – im Verhältnis zur preußischen „Bank“ – ein tatsächlicher Einfluss abzuleiten wäre. Wenngleich Paulssens Gestaltungsspielraum zur Entscheidungsfindung auch innerhalb des Bundesrats begrenzt blieb,

58 Siehe zu Paulsen auch Marc Bartuschka/Frank Boblenz/Christian Faludi/Bernhard Post: Arnold Paulsen. Lebensskizze eines Staatsmanns in drei politischen Systemen. In: Faludi (Hrsg.): Arnold Paulsen (wie Anm. 28), S. 13–30; Wahl/Marek/Lamers/Borchard: Thüringer Regierungschefs (wie Anm. 28), S. 19–23.

59 So Oliver Haardt: Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Kaiserreichs. Darmstadt 2020, S. 355.

bildete er in seiner Funktion doch einen der wichtigsten Knotenpunkte im föderalen System des Kaiserreichs, an dem die Ergebnisse langer Prozessketten aus etlichen Landesregierungen zusammenliefen. Nicht zuletzt war Paulssen vor allem aber ein wichtiger Beschaffer von Informationen, die dem Landesherrn ohne einen geschickt agierenden Verbindungsmann in Berlin nicht zugänglich waren. Entsprechend tragfähig war das Netzwerk des Beamten, welches darüber hinaus in den Ausschussarbeiten nützlich sein konnte. Paulssen profilierte sich hier vor allem als Experte im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik, sprich: auf den für die Kleinstaaten besonders wichtigen Gebieten.⁶⁰

Nach dem Tod des Staatsministers Hans-Lutze von Wurmb kehrte Paulssen 1908 nach Weimar zurück und machte hier den nächsten Karriere-schritt: Bis 1912 leitete er das Departement (Ministerium) des Innern und Äußern. In dieser Funktion setzte er zahlreiche liberale Neuerungen durch – so etwa 1909 das direkte Wahlrecht für zwei Drittel der Sitze des Landtags. Dies hatte den Verlust der konservativen Landtagsmehrheit zugunsten der Liberalen zur Folge, standen doch künftig 15 Konservativen elf Nationalliberale und sechs Linksliberale gegenüber (das Zentrum stellte einen, die SPD vier Abgeordnete). Fernerhin reformierte er das Justizwesen und setzte 1910 für fünf der Thüringer Kleinstaaten die Errichtung eines Gemeinsamen Oberverwaltungsgerichts in Jena durch. Für seine Verdienste um den Bau der Jenaer Kliniken verlieh ihm die Medizinische Fakultät der Ernestinischen Gesamtuniversität Jena 1912 die Ehrendoktorwürde. Noch im selben Jahr kehrte Paulssen „auf seinen Wunsch wegen innerer Schwierigkeiten auf seinen Posten“ nach Berlin zurück.⁶¹ Zuvor war er zunehmend in Konflikt mit dem Weimarer Großherzog Wilhelm Ernst geraten, dessen Wünschen die „außerordentliche liberale Haltung [Paulssens] nicht immer entsprach.“⁶² Anders als in der vorhergehenden Abgeordnetenperiode kam seiner Position in Berlin eine deutlich höhere Bedeutung zu, da Paulssen während des Weltkrieges unter anderem in wichtigen Ausschüssen über die kriegswirtschaftliche und allgemeine Versorgung verhandelte.⁶³ Persönlich war er zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches ein glühender Patriot gewesen, der den vermeintlich nahen Sieg des Kaiserreichs deutlich vor-

60 Vgl. ebd., S. 343–357, insb. S. 343 f.

61 Dr. Arnold Paulssen. In: JV, 27.11.1924.

62 Paulssen an Reichold, 2.11.1964. In: LATh – HStA Weimar, Nachlass Arnold Paulssen Nr. 8, Bl. 12. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten widmete er Wilhelm Ernst einen warmherzigen Nachruf: Von einem Demokraten. In: Eisenacher Tageblatt, 28.4.1923.

63 Vgl. etwa das Gedicht von Ferdinand Gumprecht: Zum Abschied für unsren Departementschef, 28.12.1912. In: LATh – HStA Weimar, Familiennachlass Paulssen (Depositum), n.f.

auszusehen meinte und die sich anbahnende Katastrophe lange Zeit zu ignorieren wusste. Im eigenen Verwaltungsbereich kritisierte er diverse Maßnahmen mitunter aber deutlich, so etwa die Kriegsanleihen oder den uneingeschränkten U-Boot-Einsatz.⁶⁴

Gut vier Jahre nach Kriegsbeginn, im Oktober 1918 – am Vorabend der Revolution – reiste Arnold Paulssen auf diplomatischer Mission durch die Thüringer Kleinstaaten von Residenz zu Residenz, um die Haltung der Landesherren zu einer möglichen Abdankung von Kaiser Wilhelm II. auszuloten. Der Verzicht auf die Krone war Monate zuvor durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zur Bedingung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen gemacht worden. Da die militärische Niederlage nunmehr deutlich geworden war, schien eine Zeitenwende greifbar nah. Am 9. November 1918 erlangten die Aufständischen in Berlin die Oberhand. Am 25. November 1918 dankte Fürst Günther in Schwarzburg-Sondershausen als letzter deutscher Monarch ab.⁶⁵ Kurz zuvor war Paulssen von Berlin nach Weimar gereist, wo er sich mit dem Vorsitzenden des örtlichen Arbeiterrates August Baudert traf. Der Sozialdemokrat hatte wenige Tage zuvor die Revolution in Weimar angeführt und den Großherzog zur Abdankung gebracht. Ihm war es in hohem Maße zu verdanken, dass der Systemumbruch in der Hauptstadt des Großherzogtums ohne Blutvergießen vonstatten ging. Im weiteren Verlauf bildeten Baudert und Paulssen ein harmonierendes Bündnis, das den Umbruch von der Monarchie über die Räteherrschaft zur parlamentarischen Demokratie konstruktiv gestaltete.⁶⁶

Der Bundesrat, dem Paulssen weiter angehörte, erhielt am 14. November 1918 die Ermächtigung, die ihm gesetzlich zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben. Somit war die Ländervertretung das einzige politische Organ des Kaiserreichs, das – wenngleich mit deutlich eingeschränkten Befugnissen – zunächst weiterhin bestehen blieb. Arnold Paulssen wurde als Bevollmächtigter der Thüringer Staaten 1919 Abgeordneter der Nationalversammlung; im gleichen Jahr trat er der DDP bei. Bei

64 Cornelia Rauh-Kühne: Hans Constantin Paulssen. Sozialpartnerschaft aus dem Geiste der Kriegskameradschaft. In: Paul Erker/Toni Pierenkemper (Hrsg.): Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrieeiteln. München 1998, S. 109–192, hier S. 114f.

65 Vgl. Bernhard Post: Die Novemberrevolution. In: Ders./Werner Dietrich (Hrsg.): Herrscher in der Zeitenwende. Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach 1876–1923. Jena 2006, S. 499–519.

66 Vgl. etwa Christian Faludi: 1919 in Weimar. Die Stadt und die Republik. Weimar/Wiesbaden 2019; ders.: 1920 in Weimar. Das Ringen um Normalität. Weimar 2021. Vgl. aus autobiografischer Sicht August Baudert: Sachsen-Weimars Ende. Historische Tatsachen aus sturmbegegter Zeit. Weimar 1923.

den Wahlen zum Landtag des demokratischen Freistaats Sachsen-Weimar-Eisenach im März 1919 verfehlte die MSPD die absolute Mehrheit. Nach zähen Verhandlungen koalierten die Sozialdemokraten schließlich mit der DDP. Geleitet wurde die am 20. Mai 1919 gebildete Regierung von August Baudert (MSPD) und Arnold Paulssen (DDP) in Form einer Doppelspitze, und trotz des schlechteren Wahlergebnisses übernahm Letzterer als Staatsminister den Vorsitz. Gleichzeitig wurde Paulssen Leiter der Ressorts Kultus, Justiz und Finanzen. Ferner erhielt er 1919/20 den Vorsitz im Staatsrat von Thüringen – einer Art Übergangsregierung zum Zusammenschluss des Landes, dessen treibende Kraft der Politiker werden sollte. Die Thüringer Landesgründung 1920 – wenn auch nur in „kleiner Lösung“, also ohne die preußisch-thüringischen Gebiete einschließlich Paulssens Geburtsstadt – war ein beispielloser Prozess deutscher Demokratiegeschichte. Arnold Paulssens Kompetenzen auf dem politischen Parkett und im verwaltungstechnischen Bereich sowie seine allseits anerkannte Integrität wurden zu entscheidenden Faktoren bei den schwierigen Verhandlungen zwischen den Einzelstaaten. Nach der Landesgründung am 1. Mai 1920 führte Paulssen den jungen Freistaat als Vorsitzender der provisorischen Regierung mit Sitz in der Hauptstadt Weimar.⁶⁷

Im Zuge des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 erwies sich Arnold Paulssen als aktiver Verteidiger der Weimarer Demokratie. Zusammen mit August Baudert widersetzte er sich dem staatsfeindlichen Umsturz und führte nach der Entlassung aus dem Arrest die Regierungsgeschäfte von seiner Wohnung in der Kaiserin-Augusta-Straße entschlossen fort. Der politische Widerstand der Politiker war ein wesentlicher Faktor für das Scheitern der Putschisten. Überdies wurde Paulssen von Reichspräsident Friedrich Ebert zum Reichskommissar des thüringischen Gebietes ernannt und damit zuständig für die zivile Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung. Sein Wirken trug erheblich zur Entspannung der Lage während und nach der Niederschlagung des Staatsstreichs bei, konnte allerdings gewalttätige Exzesse wie die Ermordung von 15 inhaftierten Arbeitern durch Zeitfreiwillige der Marburger Universität nahe Mechtersdärt nicht verhindern.⁶⁸

67 Vgl. hierzu etwa Stutz: Sachsen-Weimar-Eisenach (wie Anm. 12), S. 29–43; Christian Faludi (Hrsg.): Verfassung des Landes Thüringen 1920/21. Weimar 2020.

68 Vgl. Faludi: Wehrhafte Demokratie (wie Anm. 22), S. 283–309; Christian Faludi: Sitz der Mächtigen – Bastion der Ohnmacht. Das Weimarer Residenzschloss in den Jahren 1919/20. In: Gert-Dieter Ulferts (Hrsg.): Nach der Monarchie. Das Residenzschloss in Weimar 1918–2018. Funktion und Nutzung im Wandel. Weimar/Wiesbaden 2022, S. 52–61. Zu den Morden

In Folge der Landtagswahl vom 20. Juni 1920 und der Bildung einer Minderheitsregierung aus MSPD und DDP wurde Paulssen trotz erheblicher Stimmverluste seiner Partei vom November 1920 bis Oktober 1921 Minister für Volksbildung und Justiz sowie Vorsitzender im Staatsministerium des Ersten Landtages von Thüringen.⁶⁹ De facto war er damit der erste Ministerpräsident des Landes, wenngleich dieser Titel vor 1933 nicht offiziell verwendet wurde. Derweil litt Paulssens Thüringer Landesregierung unter den gegenläufigen Zielen der Koalitionspartner und scheiterte schließlich an der Ablehnung des Grundsteuergesetzes. Neuwahlen am 11. September 1921 führten zur Bildung einer Linksregierung, an der die DDP nicht mehr beteiligt war. Arnold Paulssen zog sich aber auch aufgrund der „Schwierigkeiten, die ihm die Rechtsparteien im Landtag gemacht hatten“⁷⁰ zurück und widmete sich fortan kulturellen Aufgaben. 1924 war er kurzzeitig als Staatsrat im Gespräch, gehörte aber letztlich der rechtsbürgerlichen Regierung Leutheußen – auf Wunsch der völkischen Parteien – nicht an.⁷¹ Nach den Wahlen zum vierten Thüringer Landtag vom 30. Januar 1927 geriet die DDP – obwohl sie nur noch zwei Abgeordnete stellte – zum „Zünglein an der Waage“ für eine tragfähige Koalition, und Paulssen gelangte als „Beamtenminister“ zurück auf die Regierungsbank.⁷² Im April 1927 übernahm der altgediente Politiker das Ministerium für Inneres und Wirtschaft sowie den stellvertretenden Vorsitz des Staatsministeriums der bürgerlichen Minderheitsregierung unter Vorsitz des Rechtsliberalen Richard Leutheußen (DVP). Nach dessen Rücktritt übernahm Paulssen im November 1928 erneut die Verantwortung für die Geschicke seines Landes und wurde Vorsitzender des Staatsministeriums sowie Wirtschafts- und Volksbildungsminister. Ab Mai 1929 war der 64jährige zusätzlich Finanzminister. Wegen der Schwäche der regierenden Parteien blieb sein Spielraum in der zweiten Amtszeit jedoch begrenzt. Paulssen behielt die Funktionen als Vorsitzender des Staatsministeriums bei, auch nach den Neuwahlen zum fünften Thüringer Landtag im Dezember 1929 bis zum Amtsantritt Erwin Baums (ThLB) am 23. Januar 1930.⁷³ Infolgedessen

in Mechterstädt siehe ausführlich Dietrich Heither/Adelheid Schulze: Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland. Berlin 2015.

- 69 Zum Aufbau des Staatsministeriums nach dem Umbruch vgl. zeitgenössisch auch Friedrich Meß: Meine Erinnerungen an Ministerialdirektor Dr. Ernst Wuttig. Weimar 1935 (Ms.).
70 Personalien der neuen Regierungsmitglieder. In: JV, 29.4.1927.
71 Zur Regierungsbildung in Thüringen. In: JV, 20.2.1924; Josef Schwarz: Die linkssozialistische Regierung Frölich in Thüringen 1923. Hoffnung und Scheitern. Schkeuditz 2000, S. 159.
72 Zitat: Personalien der neuen Regierungsmitglieder. In: JV, 29.4.1927.
73 Vgl. Faludi: Lebensskizzen (wie Anm. 13), S. 373 f.; Christian Faludi: Architekten der Demokratie. Die Gründungsväter des Freistaats Thüringen 1920. Weimar 2020, S. 39–41.

wechselte Arnold Paulssen als ehemaliger Landesbeamter zunächst in den Wartestand. Unter Bezugnahme auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, mit dessen Hilfe die Nationalsozialisten Menschen jüdischer Herkunft und politisch unerwünschte Personen aus dem Staatsdienst entfernten, wurde er noch im selben Jahr in den Ruhestand versetzt. Zudem kürzten die neuen Machthaber im „Dritten Reich“ die Pension des zuckerkranken und an den Spätfolgen eines Schlaganfalls leidenden Ruheständlers deutlich.⁷⁴

Neben seinen politischen Ämtern war Arnold Paulssen unter anderem Vorstandsmitglied der Deutschen Schillerstiftung und stellvertretendes Ausschussmitglied der Wartburgstiftung. Insgesamt 47 Jahre gehörte er dem Weimarer Ausschuss der Gothaer Lebensversicherungsbank an; 1916 wählten ihn die Mitglieder zum Vorsitzenden im Aufsichtsrat. Ferner war er ab 1923 Stiftungsvorsitzender des Nietzsche-Archivs. Infolge schwerer Erschöpfungssymptome aufgrund jahrelanger Überarbeitung legte er das Amt 1931 nieder, blieb aber im Vorstand der Gesellschaft der Freunde des Nietzsche-Archivs. Ob die Anbiederung von Elisabeth Förster-Nietzsche an die Nationalsozialisten und interne (politische) Machtspielen bei dieser Entscheidung eine Rolle spielten, ist nicht mit letzter Gewissheit zu belegen.⁷⁵ Fakt ist: Der antisemitischen NS-Ideologie, wie sie auch Teile des Mitgliederkreises um das Nietzsche-Archiv propagierten, stand Arnold Paulssen fern – nicht zuletzt auch deshalb, da sein zweiter Sohn Ottokar mit einer Jüdin verheiratet war. Im Zuge der Machtübernahme emigrierten beide nach Indien.

Paulssen zog sich indes nach dem Tod seiner Frau 1931 vollständig ins Privatleben zurück. Im „Dritten Reich“ blieb der linksliberale Politiker unauffällig und geriet dennoch mehrfach ins Fadenkreuz des NS-Regimes. Am Rande der Hauptversammlung des Vereins für Thüringische Geschichte 1934, dessen Vorstandsbeirat Paulssen war, wetterte Erich Buchmann über den einstigen DDP-Politiker, dass dieser par excellence „als Repräsentant der Kreise erscheint, gegen welche die nationalsozialistische Revolution durchgeführt worden ist“. Insofern vertrat nicht nur der Regierungsrat beim Reichsstatthalter in Thüringen die Auffassung, „daß er [d.h. Paulssen]

74 Personalakte Paulssen. In: LATH – HStA Weimar, Thüringisches Staatsministerium – Präsidialabteilung Nr. 343/1.

75 Zum Kontext vgl. Djavid Salehi: Freunde und Herausgeber – zur Geschichte des Nietzsche-Archivs. In: Andreas Schirmer/Rüdiger Schmidt (Hrsg.): Widersprüche. Zur frühen Nietzsche-Rezeption. Weimar 2000, S. 187–220, insb. S. 192 f. Zum Gesundheitszustand vgl. etwa Paulssen an Bassewitz v. 20.10.1930. In: LATH – HStA Weimar, Nachlass Arnold Paulssen Nr. 5, Bl. 37–39.

aufgrund seiner politischen Vergangenheit aus den Positionen des öffentlichen Lebens zu verschwinden hat“⁷⁶

Letztlich blieben die Attacken jedoch ohne gravierende Konsequenzen, was nicht zuletzt auch daran gelegen haben dürfte, dass einzelne Familienmitglieder Paulssens im Zuge der Aufrüstung des „Dritten Reichs“ Karriere machten. Neben seinem Sohn Hans Constantin, der als Industrieller im Fertigungssektor kriegswichtiger Aluminiumprodukte 1939 zum Wehrwirtschaftsführer ernannt wurde, erlangte vor allem sein Enkel Ottokar Bekanntheit, nachdem er als U-Boot-Kommandant 1941 im Mittelmeer einen britischen Kreuzer versenkt hatte. Der propagandistisch ausgeschlachtete „Sieg“ ließ auch den Großvater stolz jubeln.⁷⁷ Die Schrecken des „Dritten Reiches“ sah Arnold Paulssen dabei nicht (mehr). Er starb – „nach langerem Leiden“ – am 19. März 1942 in Weimar. Bis zuletzt blieb er in den Augen vieler Zeitgenossen „allzeit schlicht und doch groß, edel und vornehm, pflichtbewußt, treu“⁷⁸.

Schon während des Kaiserreichs hatte er zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen erhalten.⁷⁹ Die Verdienste Arnold Paulssens als Streiter für ein demokratisches Staatswesen, als Thüringens ersten Regierungschef, der zugleich ein wichtiger Gründungsvater des Landes war, würdigte hingegen bis in die jüngere Vergangenheit lediglich ein weitgehend in Vergessenheit geratenes Ehrengrab auf dem Historischen Friedhof in Weimar. Die Inschrift auf dem Stein, mit der man sich an ihn erinnern sollte, gab der darunter Bestattete ein Jahr vor seinem Tod vom Krankenbett aus selbst in Auftrag. Sie lautet: „Sein Verdienst war die Vereinheitlichung Thüringens. Er war der erste Vorsitzende des Thüringischen Staatsministeriums.“⁸⁰ Seit dem Juni 2023 trägt die Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund in Berlin den Namen des verdienten Linksliberalen und heißt nunmehr Arnold Paulssen-Haus.⁸¹

76 Buchmann an Mentz v. 17.5.1934. In: Institut für Zeitgeschichte (IfZ), ED 362, Bd. 16, Teil 1, n. f.

77 Rauh-Kühne: Hans Constantin Paulssen (wie Anm. 64), S. 122 f.

78 Staatsminister a.D. Dr. Paulssen 70 Jahre. In: Thüringische Landeszeitung (TLZ), 26.11.1934; Staatsminister a.D. Dr. Paulssen. In: ebd., 20.3.1942.

79 Vgl. hierzu auch Dieter Marek: Paulssen, Arnold. In: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), S. 130 f.; ders.: Biographien der Regierungsmitglieder (Minister und Staatsräte). In: Post/ Wahl (Hrsg.): Thüringen-Handbuch (wie Anm. 32), S. 552–645, hier S. 616 f.

80 Paulssen v. 27.3.1941. In: IfZ, ED 362, Bd. 16, Teil 1, n. f.

81 Das „Paulssen-Projekt“ geht auf eine Initiative von Christian Faludi zurück, nachdem dieser im Sommer 2022 den Familiennachlass gesichert hat und im Dezember 2022 eine Tafel am Wohnhaus von Arnold Paulssen in Weimar enthüllt worden ist. Darauffolgend gab der Minister und Chef der Thüringer Staatskanzlei, Benjamin-Immanuel Hoff, den Impuls zur Grundsatzentscheidung für die Namensweihen in Berlin.

5. Zwiespältiges Fazit

Die Geschichte der DDP in Thüringen war eine Saga von harter Arbeit, großen Verdiensten, aber auch von politischen Fehlern, und eine Geschichte des letztendlichen, wenn auch nicht zwangsläufigen Scheiterns. Viele Faktoren lagen jenseits des Einflusses der Partei. Das Fehlen der Zentrumspartei und die Stärke der radikalen Linken im Land – erst in Gestalt der USPD, dann der KPD – trug dazu bei, dass wesentliche Teile des Bürgertums sich den Rechtsparteien zuwandten. Dies musste jeden Versuch, eine Regierung der Mitte zu formen, drastisch erschweren. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch vertiefte die politischen Gräben zusätzlich. Die notwendigen Transformationsprozesse der ehemaligen Kleinstaaten zu einem neuen Gemeinwesen sorgten für weitere Konflikte. Dies wie auch die generell schwierige wirtschaftliche und politische Lage in der gesamten Republik trugen dazu bei, dass die Erfolgsbilanz aller thüringischen Regierungen oft überschaubar erscheinen musste.

Doch die DDP hatte zweifellos auch eine Mitverantwortung an ihrem zunehmenden Bedeutungsverlust. Es gelang ihr nur ungenügend, die Wählerschaft zu motivieren – nicht umsonst wurden mitunter Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit der eigenen Anhänger beklagt. Und schon lange vor dem *Sündenfall* im März 1933 hatten sich Linksliberale gelegentlich, vermutlich zum Teil auch wider besseres Wissen, vor den Karren der Rechtsparteien spannen lassen. Die beiden vom Demokraten Arnold Paulssen geführten Landesregierungen konnten in ihrer kurzen Wirkungszeit lediglich begrenzte Ergebnisse vorweisen, was freilich auch an den fragilen Mehrheitsverhältnissen im Parlament lag. Die Rolle der DDP in den Krisenjahren 1919/20 als wichtiger Entscheidungsträger in zahlreichen Übergangsparlamenten der thüringischen Kleinstaaten wie als mittragende Staatspartei im Thüringer Landtag 1920/21 kann schwerlich überschätzt werden. Die mutige Haltung von DDP-Politikern wie Arnold Paulssen und William Oberländer während der Putschstage des März 1920 verdient höchsten Respekt. Unbestreitbar bleibt auch das hohe Verdienst von Linksliberalen wie Paulssen und Rosenthal als Architekten von Landesgründung und Verfassung. Die Überwindung der mitteldeutschen Kleinstaaterei war eine Leistung mit Langzeitwirkung bis in die Gegenwart – die selbstverständlich ihren sozialdemokratischen Partnern und Rivalen gleichermaßen anzurechnen ist. Zugleich blieb jedoch die Haltung nicht weniger Parteimitglieder der DDP gegenüber dem mitunter als „Experiment“ empfundenen Thüringen-Projekt ein Stück weit distanziert. Es ist offensichtlich, dass

das „kleine“ Thüringen des Jahres 1920 einfach nicht das Land war, das sie sich ausgemalt hatten – weshalb ein Aufgehen in Preußen nicht nur vor, sondern auch nach 1920 eine ernstgemeinte Option blieb. In den Mühen des politischen Tagesgeschäfts taten die Linksliberalen ihr Möglichstes für das junge Land, konnten es aber nach der Gründung nie mehr in vergleichbarer Art und Weise mitgestalten.